



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Florian Reil

Mail
reil@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-2012

Datum
01.07.2022

Langes Warten auf Corona-Konzept schadet der Wirtschaft

BIHK-Chef Gößl nimmt Bundespolitik die Pflicht: „Unternehmen müssen sich vorbereiten können“

München – Die bayerische Wirtschaft erwartet vom Bund, jetzt die Corona-Regeln für den Herbst vorzustellen. „Das lange Warten verunsichert unsere Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auf die kommenden Monate vorbereiten müssen“, erklärt Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK). „Wenn die Bundesregierung nicht endlich ein klares Konzept mit effektiven, effizienten und verhältnismäßigen Schutzmaßnahmen in Abhängigkeit von der Belastung des Gesundheitssystems vorstellt, prognostizieren wir unprofessionellen Aktionismus im Herbst“, warnt Gößl.

Der BIHK-Chef macht deutlich, dass im politischen Berlin die Sommerpause ansteht und die Corona-Bestimmungen aus dem aktuellen Infektionsschutzgesetz Ende September auslaufen. „Die Konzepte müssen jetzt auf den Tisch, nach der parlamentarischen Sommerpause ist es zu spät. Handelt der Bund nicht in den kommenden Tagen, wiederholen wir die Fehler aus den vergangenen beiden Pandemie-Jahren“, sagt Gößl. Es gebe auch keine Ausreden mehr, auf eine wissenschaftliche Evaluierung der bisherigen Corona-Maßnahmen zu warten. „Der Sachverständigenrat hat heute sein umfassendes Gutachten vorgestellt und unter anderem aufgezeigt, dass ein Lockdown über die Zeit seinen Effekt verliere. Das gibt der Politik die klare Aufgabe mit auf den Weg, nicht wieder das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben herunterzufahren, sondern geeignetere und effizientere Maßnahmen vorzubereiten, sollte die Überlastung der Kliniken drohen.“

Der Sachverständigenrat stellt in seinem Bericht außerdem fest, dass es für eine umfangreiche Aussagekraft der Evaluierung mehr Daten benötige. Gößl fordert daher von der Bundesregierung, eine wissenschaftlich fundierte Datenaufbereitung zu garantieren. „Nur so können flächendeckend verlässliche Prognosen erstellt und eine zielgerichtete Vorsorge getroffen werden, ohne das gesamte öffentliche Leben einzuschränken.“